

V0904/21

Schlachthof Ingolstadt

-Änderungsantrag zum Stellenplanantrag V0742/21-

Änderungsantrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 03.10.2021-

Stadtrat vom 04.10.2021

Der Antrag der Verwaltung V0742/21 und der Änderungsantrag der CSU-Stadtratsfraktion V0904/21 werden gemeinsam behandelt.

Herr Fischer erläutert die Beschlussvorlage und bittet darum, die beantragten Planstellen zu beschließen. Er denkt, dass alle ein hohes Interesse daran hätten, dass der Schlachthof in Ingolstadt erhalten bleibe. Die Gebühren für die Schlachtungen richteten sich danach, wie viele Tiere geschlachtet werden und seien unabhängig von der Entscheidung der Planstellen zu sehen. Zu der Frage der Gebühren gebe es zwischen der Stadt Ingolstadt und den Schlachthofbetreibern einen Rechtsstreit. Art. 21 b des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes schreibe vor, dass für die amtlichen Kontrollen kostendeckende Gebühren erhoben werden müssten, was von der Schlachthofbetriebs GmbH hinterfragt worden sei und Gegenstand eines laufenden Gerichtsverfahrens sei. Es gebe einen Widerspruchsbescheid der Regierung von Oberbayern, der weitgehend der Gebührenerhebung der Stadt Ingolstadt Recht gegeben habe, aber gegen diesen Bescheid sei geklagt worden. Herr Fischer ist allerdings der Meinung, dass jetzt in konstruktive Gespräche eingestiegen werde, sowohl in Bezug auf die betriebswirtschaftlichen Abläufe und den Personaleinsatz, aber auch zu den in der Gebührenkalkulation enthaltenen Kostenbestandteilen.

Stadtrat Stachel widerspricht Herrn Fischer von der Sache her nicht, aber warnt davor, zu diesem Zeitpunkt Fakten zu schaffen, die dem Stadtrat in acht Tagen unter Umständen schon leidtäten. Das Personal arbeite bereits auch ohne diese zu beschließenden Planstellen in einer Größenordnung von 10,5 und gehe der Arbeit nach. Sollte der Schlachthof in Kürze nicht mehr existieren, hätten die Mitarbeiter zwar die Stellen, aber auch keine Arbeit mehr. Fakten zu schaffen, die aus Kostenstrukturgründen womöglich demnächst vor die Füße fielen, könnten nicht im Sinne des Stadtrates und auch nicht im Sinne des Betreibers und der Region sein. Weiter führt Stadtrat Stachel aus, dass die FW-Stadtratsfraktion in der letzten Woche ein ausführliches Gespräch mit den Betreibern und auch mit einem in diesem Bereich sehr erfahrenen Landtagsabgeordneten geführt habe. Dabei seien Beispiele aus anderen Schlachthöfen zitiert worden, die andere Verfahrensweisen hätten in Bezug auf die Hygienegebühren und deren Berechnung und den Umgang mit der Erstellung dieser Dienstleistungen, so dass diese Chance heute nicht vergeben werden dürfe. Stadtrat Stachel könne seine Hand nicht ins Feuer legen, dass es dann eine 100 %ige Lösung gebe, aber er bittet darum, eine Lösung zu suchen, um zu vermeiden, dass ein emphatisch völlig falsches Signal nach draußen gesendet werde.

Stadtrat Grob weist darauf hin, dass er zweimal intensive Gespräche mit der Betreiber GmbH geführt habe und am Tag darauf mit Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Er betont, dass es momentan „Spitz auf Knopf“ stünde. Wenn die GmbH heute sage, sie mache nicht mehr

weiter, gebe es übermorgen keinen Schlachthof mehr. Das sei kein düsteres Szenario, sondern Realität. Natürlich wollten alle, und da gebe er Herrn Fischer Recht, dass in Ingolstadt weiter geschlachtet werde. Eine regionale Vermarktung, die Förderung des Handwerks und das Tierwohl seien im Sinne des Zeitgeistes. Die Tiere müssten nach Schließung vielleicht nach Neu-Ulm gefahren werden, wo der nächstgelegene, relativ günstig arbeitende Schlachthof sei, der öffentlich betrieben werde, aber was Effizienz und Effektivität betreffe, zu 300 % günstiger arbeite als der Schlachthof in Ingolstadt. Deshalb müsse man aufpassen, dass durch das Manifestieren von festen Stellen der Stadtrat nicht übermorgen seine Entscheidung bereue. Die CSU-Stadtratsfraktion, so Stadtrat Grob, habe im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gebeten, noch einmal zu beschließen, mit welchem Provisorium die Mitarbeiter arbeitsvertragsmäßig beschäftigt seien, um erst dann Angestellte dauerhaft zu manifestieren. Es müsse ein Schritt nach dem anderen gegangen werden. Schritt 1 sei es, die Gebühren im Schlachthof so zu regeln, dass der Schlachthof zukunftsfähig sei und erst wenn die Zukunft des Schlachthofs sichergestellt sei, könne man sich in Schritt 2 über die Anzahl und die Art der Beschäftigung der Angestellten unterhalten. Stadtrat Grob plädiert deshalb dringend dafür, das momentane Provisorium der Arbeitsvertragsgestaltung aufrecht zu erhalten und die Schritte nicht umgekehrt zu gehen.

Stadträtin Bulling-Schröter bringt vor, dass in Bezug auf den Tierschutz bekannt sei, was in den Schlachthöfen passiere und dies sei ganz furchtbar. Vieles sei über Jahre auch im Landtag ignoriert worden, z. B. in Bad Birnbach usw. Man könne froh sein, dass solche Zustände in Ingolstadt nie passierten. Jetzt gebe es eine junge Generation, die im Rahmen des Klimawandels, Tiergerechtigkeit usw. genau hinschauen könne. Stadträtin Bulling-Schröter wirft die Frage auf, wie die billigere Konkurrenz denn ausschauen könne. Es sei vorprogrammiert, da Menschen dort arbeiteten, die kein Wort Deutsch sprächen usw. Dies wolle man alle gemeinsam nicht, deshalb müsse genau überlegt werden. Natürlich sei bekannt, dass die Tierärzte immer älter werden und in Rente gehen, so dass man froh sein könne, dass es in Ingolstadt Tierärzte gebe, die bereit seien, genau zu kontrollieren. Tiergerechtigkeit koste nun einmal Geld. In Zukunft werde die Konkurrenz aber auch daran gemessen, dafür werde die Tierrechtsbewegung sorgen. Stadträtin Bulling-Schröter verstehe arbeitsrechtlich auch nicht, wo bei einer Schließung des Schlachthofes das Problem sei. Es sei doch möglich, Arbeitsplätze abzubauen. Persönlich wünsche sie sich für einen zukünftigen Schlachthof natürlich ein transparentes Verfahren und eine Mitverfolgung der Arbeitsabläufe der Schlachtungen.

Stadtrat Köhler weist darauf hin, dass Herr Fischer davon gesprochen habe, dass er eventuell einen Optimierungsbedarf im Schlachthof sehe. Dies sei auch für ihn ein Grund, heute die Stellen nicht zu genehmigen. Nach Informationen von Stadtrat Köhler liege die Anzahl der Schlachtungen nicht bei 230.000, wie in der Vorlage aufgeführt, sondern wesentlich niedriger. Sollte dann noch ein Optimierungsbedarf kommen, bedeute dies, dass die Tierärzte noch weniger Kontrollfunktion hätten. Aus diesem Grund plädiert er auch dafür, die Entscheidung zu verschieben. Dankbar wäre Stadtrat Köhler auch über die Vorlage eines Berichtes z. B. der letzten fünf Jahren, wo die Entwicklung der Schlachtungen, die Stundenzahl der Tierärzte und die Gebühren ersichtlich seien.

Stadtrat Höbusch zeigt auf, dass die heutigen Fragen in der gemeinsamen Ausschusssitzung bereits diskutiert worden seien. Nach Meinung der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen müsse die Existenz des Schlachthofes – auch seine Fraktion sei für Regionalität – und die Frage der Stellenschaffung getrennt gesehen werden. Das eine habe mit den Gebühren zu tun, das andere mit der Stellenverwirklichung im Stellenplan des schon beschäftigten

Personals. Wie bereits auch im Personalausschuss erwähnt, gebe es bei einer Schließung des Schlachthofes, was alle nicht wollten, die Möglichkeit betriebsbedingter Kündigungen.

Bereits im Jahr 2017 habe er Gespräche mit Metzgern aus Ingolstadt geführt, die ihm die Misere geschildert hätten, so Stadtrat Lange. Vor der Wahl habe es auch Gespräche mit den Schlachthofbetreibern gegeben. Er widerspricht Stadtrat Höbusch. Stadtrat Lange ist der Meinung, dass eine Stellenbeschließung genau das sei, was an dieser Stelle nicht gemacht werden dürfe. Die Aussage von Stadtrat Grob korrigiert Stadtrat Lange: Es sei nicht eine Situation, die momentan da sei, sondern die Situation gebe es schon lange. Ein heutiger positiver Beschluss der Verwaltungsvorlage führe dazu, und hier stimme er mit Stadtrat Grob überein, dass sich dadurch die jetzt schon ziemlich festgefahrene Situation so stark manifestiere, dass man gar nicht mehr herauskomme und die Preise für die Fleischbeschau so hoch blieben, wie sie jetzt seien. Im Interesse der Regionalität, des Tierwohls usw. sollte es die Aufgabe des Stadtrates sein, die Preise zu senken. Nichts anderes müsse im Vordergrund stehen.

Stadtrat Stachel betont, dass es um das Tierwohl und um die Regionalität gehe. Deshalb könne es nicht egal sein, mit welchen wirtschaftlichen Bedingungen der Schlachthof in Ingolstadt zurechtkommen müsse, weil es ihn dann nicht mehr gebe. So erreiche man genau das, was man nicht wolle. Man wolle keine Fleischfabriken, keine intransparenten Tiertransporte und Schlachtvorgänge und nicht eingehaltene Hygieneauflagen, sondern einen Schlachthof vor Ort. Dazu sei es eben notwendig, alles zu unternehmen und nichts zu zementieren, was den Schlachthof zusätzlich gefährde. Er appelliert an alle, heute keinen Beschluss zu fassen. Darüber hinaus gebe es seit Oktober 2020 eine Initiative, mit der sich der Bayerische Landtag hoffentlich demnächst befasse. Dabei gehe es um die kleineren Schlachthofbetriebe, da die Erkenntnis in der Politik reife, dass die Betriebe zur Grundversorgung gehörten und aus dem „Damoklesschwert“ der Gebührendeckung herauskämen. Solange die Gebühren nicht gesenkt werden könnten und alle Kosten im Schlachthof abgerechnet werden müssten, werde man es nicht schaffen, einen Gegenpol zu den großen Schlachthöfen, die dank Masse billiger sein könnten, zu schaffen. Auch diese Entwicklung ist nach Meinung von Stadtrat Stachel abzuwarten, da durchaus denkbar sei, dass losgelöst von den tatsächlichen Kosten ein einheitlicher Schlachtpreis festgelegt werde. So könne die Verwaltung auf der einen Seite nach Recht und Gesetz arbeiten und auf der anderen Seite habe man als Kommune Handlungsspielraum, um einen regionalen Fortbestand zu ermöglichen. Stadtrat Stachel stellt noch einmal klar, dass jeder zementierte Schritt ein Schritt weg vom jetzigen Schlachthof sei und zu einer überregionalen Lösung führe, die man nicht haben wolle.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf plädiert dafür, das Thema Schlachthof insgesamt auf die nichtöffentliche Tagesordnung der nächsten Sitzung des Stadtrates zu setzen, um den gleichen Informationsstand für alle zu erreichen. Die politische Zielsetzung sei klar, niemand spreche sich gegen einen Schlachthof aus. Politisch sei er bereit, so weit wie möglich zu gehen, aber es werde von der Widerspruchsbehörde und vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband ständig gesagt, dass man sich nur in einem bestimmten Rahmen bewegen könne. Für jede darstellbare Schandtät sei er bereit.

Stadtrat Ettinger stellt fest, dass auch die Ausschussgemeinschaft FDP/JU zu der von Oberbürgermeister genannten Schandtät bereit sei. Stadtrat Ettinger hält es für sinnvoll, einen Runden Tisch zu gründen oder ein Zoom-Meeting, um alle auf den gleichen Informationsstand zu bringen.

Stadträtin Peters zeigt auf, dass es das Thema Schlachthof schon sehr lange gebe und man keinen Schritt weitergekommen sei. Deshalb begrüße sie den Vorschlag. Sie denkt, dass heute auch nicht unbedingt eine Entscheidung getroffen werden müsse, sondern das Ganze müsse noch einmal ganzheitlich angeschaut werden. Sie erinnert daran, dass Ingolstadt eine Nachhaltigkeitsagenda habe und im Rahmen dessen könne man auf einen lokalen Schlachthof stolz sein. Sie begrüßt es, wenn der Stadtrat nach allen Kräften den Schlachthofbetreiber unterstütze. Es könne nicht nur der Preis des Fleisches ausschlaggebend sein, deshalb findet sie es gut, dass das Thema durch den Vorschlag einer Kommission oder eines Arbeitskreises angepackt werde und Druck gemacht werde.

Stadtrat Köstler stellt fest, dass alle einer Meinung seien, dass ein lokaler Schlachthof ein Vorteil für die Region und ein Beitrag zum Tierwohl sein könne. Allerdings nur, wie von Stadträtin Bulling-Schröter bereits erwähnt, wenn dieser nicht unter einem Preisdruck stehe und die Maßnahmen zum Tierwohl nicht wieder unter den Tisch fielen. Definitiv dürfe nicht um jeden Preis der Schlachthof erhalten bleiben, das Tierwohl müsse ganz vorne stehen und wenn dies nicht zu einem Mindestmaß erfüllt werde, dann könnten die Tiere genauso gut nach Neu-Ulm oder sonst wohin transportiert werden, dann brauche man das in Ingolstadt nicht.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf möchte konkret wissen, welche Auswirkungen und welche Möglichkeiten es gebe, wenn heute kein Beschluss gefasst werde.

Wenn man sich verwaltungsmäßig verständigen könnte, Personal, das aus Altersgründen oder aus gesundheitlichen Gründen ausscheide, ohne Planstelle ersatzweise neu einstellen zu dürfen, um den Betrieb des Schlachthofes aufrecht erhalten zu können, könne erst einmal so weitergearbeitet werden, so Herr Fischer. Es sei Herrn Fischer bei der Vorlage um eine Eilmaßnahme gegangen, um den Betrieb am Schlachthof weiterführen zu können und ausreichend Personal für die amtlichen Kontrollen zu haben, was gefährdet sei, wenn kein Ersatzpersonal eingestellt werden dürfe. Das sei in den letzten Jahren auch immer ohne Planstellen möglich gewesen. Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Dr. Scharpf, ob aktuell ein Personalmangel bestehe, erklärt Herr Fischer, dass es sich um eine Risikovorsorge handle.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf wendet sich an den Personalreferenten, ob in diesem Fall eine Einigung möglich sei.

Herr Kuch hebt hervor, dass das Einstellen von Personal nicht das Problem sei, denn das sei viele Jahre, auch in anderen Bereichen, so praktiziert worden. Die Erfahrung in diesem Jahr zeige aber, dass die Konkurrenz anderer Gebietskörperschaften in Bezug auf Tierärzte durchaus bedeutsam sei. In diesem Jahr habe es zwei Stellenbesetzungen gegeben, die ein zweites Mal ausgeschrieben werden mussten bzw. nachtelefoniert werden musste. Die Attraktivität dieser Stellen steige natürlich mit einer festen Planstelle, was ohne feste Planstelle zu einem Problem werden könne.

Stadtrat Achhammer merkt kann, dass auch er, wie einige Vorredner, der Meinung sei, dass mit einer Stellenbesetzung noch abgewartet werden sollte. Wie bereits vor Eintritt in die Tagesordnung erwähnt und bereits in einem noch nicht erledigten CSU-Antrag vom 04.12.2019 gefordert, sei die Vorlage eines Ergebnisses des Kommunalen Prüfungsverbandes erwünscht. Stadtrat Achhammer begrüßt den Vorschlag des Oberbürgermeisters, in der Sitzung des Stadtrates, nicht in einem Arbeitskreis, das Thema zu erörtern und anschließend einen Beschluss herbeizuführen. Die Besetzung von Tierärzten

sei in Bayern schwierig. Wie auch von Stadträtin Bulling-Schröter bereits erwähnt, habe Stadtrat Achhammer gelesen, dass es 500 unbesetzte Stellen gebe. Er denkt aber, dass es auf vier oder sechs Wochen nicht ankomme.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stellt fest, dass es offenbar nicht darum gehe, nie Stellen im Stellenplan dafür abzubilden, sondern nur für eine gewisse Zeit, bis geklärt sei, wie es mit dem Schlachthof weitergehe.

Bürgermeisterin Kleine erläutert den weiteren Sachstand. Sie informiert darüber, dass die aktuelle Dynamik in die Diskussion zum Schlachthof jetzt von den Metzgern gekommen sei, die vermehrt davon sprächen, dass durch ein „Weiter so“ der Betrieb nicht mehr aufrechterhalten werden könne, so dass das Thema seit Amtsbeginn nicht nur Chefsache des OB, sondern einer Doppelspitze und eines Referenten sei, die mit dem Thema Schlachthof befasst seien. In Terminen mit der Regierung habe man immerhin erreicht, dass die Widerspruchsbescheide zügiger abgearbeitet würden und es so mehr Klarheit über die Zulässigkeit der Gebührenrechnung gebe. Des Weiteren seien Ortstermine vereinbart worden, denn ein Teil des Sparpotentials, das sich auf die Gebühren auswirke, liege wohl auch in der Organisation des Schlachthofes. Natürlich hätten alle ein großes Interesse daran, dass der Schlachthof weiter bestehe, investieren könne, konkret seien mobile Weidenschussanlagen genannt worden. Nun habe der Schlachthof erneut signalisiert, dass eine eilige verbindliche Berechnung der Schlachtgebühren nötig sei. Den gordischen Knoten zu durchschlagen, hänge tatsächlich mit einer einheitlichen Schlachtgebühr zusammen. Der Landtag prüfe dies, ein Sachstandsbericht des Landtagsabgeordneten wäre dafür hilfreich, um darzustellen wie realistisch eine einheitliche Gebührenregelung wäre. Bis 23.08.2021, so Bürgermeisterin Kleine, habe man auf den Ablauf der Widerspruchsfrist warten müssen, um in die Verhandlungen gehen zu können. Zusätzlich sei nun auch noch die Thematik der Tierärzte zur Fleischschau dazugekommen, die sichergestellt werden müsste. Bürgermeisterin Kleine sei froh, dass nun im nächsten Stadtrat ausführlich diskutiert werde, aber ganz wichtig sei der Horizont der einheitlichen Schlachtgebühren. Für die Berechnung des Stückpreises und für eine Neuorganisation mit anderen Abläufen und Strukturen, sei es wünschenswert, wenn ein Experte, wie von Stadtrat Stachel erwähnt, im Boot säße, um zu erfahren, was es bedeute, 30 Sekunden am Schwein zu haben oder ob 20 Sekunden genügten und welche Auswirkungen das habe.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf fasst zusammen. Mittlerweile habe sich ein klares Bild ergeben. Noch in dieser Woche fänden Gespräche mit dem Schlachthof statt, zusätzlich stehe das Thema auf der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 28.10.2021. Der Beschluss müsse heute nicht gefällt werden. Es müsse allerdings sichergestellt sein, dass bei einem Ausscheiden eine unkomplizierte Nachbesetzung der Stellen möglich sei. Er plädiert dafür, die Vorlage zurückzustellen. Dem Antrag der CSU-Stadtratsfraktion sei mit Zustimmung der Fraktion damit genüge getan.

Stadtrat Grob teilt mit, dass er wisse, dass das Thema im Landtag sei, aber er sehe es nicht ganz so optimistisch. Natürlich sei die wünschenswerte Gleichstellung der Gebühren die Lösung für das regionale Problem, aber europarechtliche Auflagen seien zu berücksichtigen. Eine einheitlich vorgegebene Gebührenordnung sei ein Eingriff in den freien Markt, so dass möglicherweise die Konkurrenz durch Europarecht obsiege. Der Stückpreis des Schweines liege in Ingolstadt bei ca. drei Euro, Neu-Ulm liege bei knapp über einem Euro. Auch bei einem Gespräch mit der Landwirtschaftsministerin, Frau Kaniber, sei in absehbarer Zeit keine rechtliche Entscheidung in Richtung Gleichstellung der Gebühren zu

erkennen gewesen. Deshalb glaubt Stadtrat Grob, dass der Stadtrat sich zuerst regional behelfen müsse. Er bittet darum, den Antrag der CSU-Stadtratsfraktion so zu behandeln, wie beantragt und über die Stellen nicht zu entscheiden. Eine Gleichstellung der Gebühren werde es nach Ansicht von Stadtrat Grob nicht geben.

Die Verwaltungsvorlage wird mit Zustimmung des Stadtrates zurückgestellt. Im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates am 28.10.2021 erstattet die Verwaltung einen Situationsbericht zu den Gebühren für die amtliche Schlachtier- und Fleischuntersuchung am Schlachthof.